

## Interview kurz vor der Wahl – Jens Koeppen stellt sich der Onlineredaktion

18. September 2013 von [Onlineredaktion](http://tantower.wordpress.com): tantower.wordpress.com

(Gartz/A.M.) Wie bereits angekündigt, hier jetzt das komplette Interview mit Jens Koeppen von der CDU, der um seinen Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag kämpft.

A.M.: Vielen Dank Herr Koeppen, dass Sie sich so ad hoc für ein Interview mit [www.gemeinde-tantow.de](http://www.gemeinde-tantow.de) zur Verfügung stellen. Fangen wir also an! Drei Stichworte zum Thema Daseinsvorsorge im ländlichen Raum: Kitas und Schulen, medizinische Versorgung und Ärztemangel sowie Erhaltung der Infrastruktur und Verkehr. Was wollen Sie in der nächsten Bundestagslegislatur unternehmen, um auf diesen Gebieten Verbesserungen zu erzielen?

J. Koeppen: Auch ich antworte zunächst mit einem Stichwort: „Nachteilsausgleich für den ländlichen Raum“. Hierzu habe ich bereits eine Diskussion in meiner Bundestagsfraktion angestoßen.

Was stelle ich mir hierunter vor? Ländliche und strukturschwache Regionen wie zum Beispiel hier an der Grenze, aber auch anderswo in ganz Deutschland, haben es schwer, eine angemessene Infrastruktur aus eigener Kraft zu erhalten oder erforderliche Verbesserungen finanziell zu stemmen. Das „große Geld“ wird häufig in den Ballungszentren – wie dem Berliner Raum, Münschen o.ä. – verdient. Daher weiss ich auch, dass ich mir wohl dort keine Freunde mache, wenn ich vorschlage, die hier erzielten Einnahmen etwas umzuverteilen, damit auch die Kommunen und anderen Körperschaften in den Randlagen und strukturschwächeren Gebieten Deutschland hinreichend mit finanziellen Mitteln versorgt werden können. Vor allem sollte man in diesem Zusammenhang mit der, wie ich es nenne „Zahlenakrobatik“ aufhören. Ist es wirklich zweckdienlich, einen Bahnhof wegen zu wenig Zustiegen endgültig zu schließen oder Verkehrsangebote auszudünnen? Oder trägt man nicht damit dazu bei, die ganze Region „absterben“ zu lassen? Werden dann noch junge Familien aufs Land kommen, wie zum Beispiel hier aus dem Raum Stettin? Ich meine, dass auch der ländliche Raum seine Attraktivität erhalten sollte und lehne daher ein solches Vorgehen ab. Ähnliches gilt im Übrigen für Schulen und Kitas. Bezüglich der ärztlichen Versorgung bin ich der Meinung, dass die Bugetierung dringend abgeschafft gehört. Es kann nicht sein, dass Ärzte am Ende des Monats keine Kassenpatienten mehr behandeln können, ohne dass sie hierbei ihr eigenes Einkommen bzw. die finanzielle Lage ihrer Praxis gefährden. Was dann zur Folge hat, dass nur noch Privatpatienten behandelt werden. Ich möchte aber nicht falsch verstanden werden, ich bin weiterhin für die Wahlfreiheit eines jeden, ob er sich privat oder gesetzlich versichert – eine Abschaffung des derzeitigen Systemes bei den Krankenkassen (private und gesetzliche Kassen) möchte ich nicht. In diesem Zusammenhang fordere ich auch klarere Abrechnungen für Ärzte und Patienten, das Punktesystem nach dem derzeit abgerechnet wird, hat sich aus meiner Sicht nicht bewährt. Arzt und Patient sollen am Ende klar und verständlich sehen können, welche Leistungen erbracht wurden und was diese kosten. Wenn hier erhebliche Verbesserungen erzielt werden können, bin ich davon überzeugt, dass es für junge Mediziner auch wieder attraktiv wird eine Praxis auf dem Lande zu übernehmen oder zu Gründen. Viele junge Mediziner haben mir genau dies in Gesprächen auch so dargestellt. Aus meiner Sicht trägt auch die Kassenärztliche Vereinigung mit dazu bei, dass System kaputt zu machen! Muss es denn noch „eine Berechtigungsprüfung“ geben, wenn ein Arzt feststellt, dass ein Patient einen Rollstuhl braucht? Insgesamt haben wir derzeit in unserem Gesundheitssystem viel zu viel Verwaltung, wozu auch das Wirken der Kassenärztlichen Vereinigung immer weiter beiträgt.

A.M.: Ich weiss, dass auch Ihnen die Kriminalitätsentwicklung im Grenzraum erhebliche Sorgen macht. Was sollte hier geschehen, um Verbesserungen zu erzielen? Wie kann der Bund, denn POLIZEI ist ja grundsätzlich Ländersache, hier zu einer Verbesserung beitragen?

J. Koeppen: Zunächst gebe ich zu bedenken, dass der Bund mit der Bundespolizei nicht dazu da ist, den sträflichen Abbau der Brandenburgischen Polizei auszugleichen. Aber auch ich wünsche mir sehr mehr Kontrollen im Grenzraum durch die Bundespolizei. Vielleicht sollten sich der Minister, seine Staatssekretäre und die Mitglieder des Innenausschusses mal persönlich einen Einblick hier, direkt vor Ort, verschaffen. Vielleicht gelingt es mir sie einmal einzuladen. Ich meine, dass die Bundespolizei längerfristig so gestärkt werden muss, um in der Lage zu sein, alle ihre vielfältigen Aufgaben vollständig erfüllen zu können. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass auf Grund der hohen Belastungen, zum Beispiel durch die Vielzahl der Abordnungen in den letzten Jahren, die Stimmung bei den Bundespolizisten in der Region nicht gerade gut ist. Das BMI versicherte mir aber, dass diese notwendig sind. Trotzdem sollte man aber prüfen, ob man diese nicht reduzieren kann, um das Leben der Bundespolizisten vor allem etwas planbarer zu machen und damit auch gleichzeitig die Sicherheit im Grenzraum zu stärken.

Auch sollte die Zusammenarbeit im Grenzraum zwischen Bundes- und Landesbehörden weiter intensivieren. Föderalismus sollte – wie auch beim ersten Fragenkomplex – nicht ausschließen, dass man in bestimmten Fragen auch wieder aufeinander zugeht. Auch ohne Innenpolitiker zu sein, kann ich mir vorstellen, dass man auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Polen noch weiter verbessern kann.

A.M.: Ich danke für Ihre Zeit und die ausführliche Beantwortung meiner Fragen.

J. Koeppen: Gerne.